



Die Wirtschaftslage in Österreich

Fühlbar werdende Folgen der Rezession — Stagnation der Inlandsnachfrage, nachlassende Exportdynamik — Industrieproduktion im Juni abgeschwächt — Arbeitsmarktlage verschlechtert — Importpreise verhindern weitere Verbesserung der Handelsbilanz und Abbau der Inflation — Geldkapitallücke trotz hohen Zinsniveaus

Die österreichische Wirtschaft hat zunehmend mit den Folgen der eingetretenen Rezession zu kämpfen. Je länger sich die Nachfrageschwäche hinzieht, desto ernster werden die Konsequenzen für die Beschäftigung und für die Stabilität mancher Unternehmungen. Erschwerend kommt die Lage auf den Kreditmärkten hinzu, die von außerordentlich hohen und steigenden Zinsen gekennzeichnet ist.

Von der Endnachfrage gingen im Frühsommer keine fühlbaren Impulse für eine Konjunkturverbesserung aus. Die Inlandsnachfrage wird von Realeinkommens-einbußen der Haushalte und nachlassender Investitionstätigkeit geprägt. Die Exportdynamik des Frühjahrs setzte sich im Mai und Juni nicht fort. Die für Österreich wichtigsten Auslandsmärkte, speziell in Westeuropa, leiden unter ähnlichen, wenn nicht sogar gravierenderen Rezessionsfolgen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Auslandsnachfrage abgeschwächt, während die Binnennachfrage von Konsumschwäche und schlechter Auftragslage (besonders in der Bauwirtschaft) gedämpft wird. Die rasch steigende Arbeitslosigkeit läßt dort eine zusehender werdende Stagnation nicht aufkommen. In den USA stagniert die Industrieproduktion seit Jahresanfang. Eine durchgreifende Belebung ist wegen der unverändert restriktiven Geldpolitik in den nächsten Monaten kaum zu erwarten. Lebhaftere Nachfrage nach österreichischen Exportgütern kommt derzeit nur aus dem Dollarraum (USA, OPEC-Staaten und übrige Entwicklungsländer).

Die österreichische Industrie produzierte im Juni (teilweise arbeitstägig bereinigt) um rund 2½% weniger als im Vorjahr. Nach den relativ günstigen Ergebnissen vom April und Mai bedeutet dies auch saisonbereinigt einen Rückgang. Deutlich verschlechtert hat

sich im 1. Halbjahr die konjunkturelle Lage vor allem bei der Produktion von langlebigen Konsumgütern und bei fertigen Investitionsgütern. Das Produktionsvolumen der Grundstoff-, Vorprodukt- und Baustoffbranchen ist nach wie vor sehr gedämpft, doch zeichnet sich zuletzt kein weiterer Rückschlag ab. Einzelne Sparten der Produktion nicht-dauerhafter Konsumgüter (Nahrungsmittel, Bekleidung, Verbrauchsgüter) konnten ihr Produktionsniveau hingegen annähernd halten. Laut Konjunkturbefragung von Ende Juli beurteilen die Industrieunternehmen die Produktionsentwicklung in den kommenden Monaten etwas ungünstiger als vor einem Vierteljahr, die Aufträge werden ähnlich wie damals überwiegend als ungenügend eingestuft, wiewohl, vor allem gestützt auf Auslandsaufträge, keine weitere Verschlechterung der Auftragslage eingetreten ist. Auch die Auftragsstatistik registriert im Durchschnitt stagnierende Auftragsbestände, in der Maschinenindustrie wird das Bild durch einen großen Exportauftrag aufgehellt.

Die Nachfrage der privaten Haushalte ist anhaltend schwach. In der Industrie haben die Zuwächse der Effektivverdienste gerade mit der Inflation Schritt gehalten. Stagnierende oder leicht rückläufige Realeinkommen sind gleichzeitig eine wesentliche Ursache für die dürftige inländische Geldkapitalbildung. Von der Nachfrageschwäche der Haushalte waren im Frühsommer die Umsätze des Einzelhandels und teilweise auch die Ergebnisse des Inländerreiseverkehrs betroffen. Die Kaufzurückhaltung konzentrierte sich auf langlebige Konsumgüter. Da ein beträchtlicher Teil dieser Waren aus dem Ausland eingeführt wird, wurde durch die flauere Inlandsnachfrage die Handelsbilanz entlastet.

Über die Entwicklung der Investitionstätigkeit liegen derzeit keine verlässlichen Indikatoren vor. Die Nachfrage nach in- und ausländischen Ausrüstungsgütern war offenbar bis zum Sommer vergleichsweise lebhaft, doch scheint sie sich seit dem Frühjahr abzuschwächen. Als umfangmäßig bescheidener Anreiz zu strukturellen Verbesserungen läuft seit Juli eine Aktion zur Förderung von industriell-gewerblichen "Top-Investitionen"¹⁾. Kredite für strukturpolitisch wünschenswerte Investitionen werden bis zu einem Gesamtvolumen von 1 Mrd. S zu einem Zinssatz, der um 1¼% über der Bankrate liegt, durch die österreichische Investitionskredit AG vergeben. Die Mittelaufbringung erfolgt durch einen Offenmarktrahmen bei der Nationalbank.

Die Schwäche der Inlandsnachfrage wirkt sich auf das Importvolumen aus. Real waren die Importe in den letzten Monaten nennenswert geringer als im Vorjahr (Juni rund -8%), doch kam diese Entwicklung nicht voll in der Verbesserung der Handelsbilanz zum Tragen, weil sich die Importpreise wesentlich stärker er-

höhten als die Exportpreise (Juni +15% bzw. +6%). Die Verschlechterung der Terms of Trade hielt wegen der ungebrochenen Stärke des Dollars auf den Devisenmärkten bis zuletzt an. Nominell lag der effektive Wechselkurs des Schillings im Juli um 3%, real um rund 6% unter dem Wert des Vorjahres. Die kurzfristigen Effekte der Dollaraufwertung und das Nachlassen der Exportdynamik scheinen in den letzten Monaten die weitere Verbesserung der Handelsbilanz zu verhindern. Das Defizit der Leistungsbilanz war im 1. Halbjahr mit 20,8 Mrd. S um 5,6 Mrd. S geringer als vor einem Jahr. Dazu trugen auch höhere Überschüsse aus dem Reiseverkehr bei.

Der Wechselkursbedingt starke Anstieg der Importpreise verhinderte eine fühlbare Reduktion des inländischen Preisauftriebs. Die Inlandskomponente der Inflation scheint sich hingegen konjunkturbedingt stark vermindert zu haben. Der Vorjahresabstand des Verbraucherpreisindex (Juli +6,4%) war in den Monaten bis zum Sommer wegen der Beschleunigung der Preisentwicklung im Vorjahr tendenziell rückläufig.

Auf dem Arbeitsmarkt machen sich zunehmend die anhaltende Konjunkturschwäche und die Grenzen der Aufnahmefähigkeit im Dienstleistungssektor bemerkbar. Die Beschäftigung hat den Rückschlag vom Juni im Juli zwar wieder aufgeholt, doch hat sich die Expansion im Vergleich zum Frühjahr doch deutlich verringert. Obgleich das Angebot im Vorjahresvergleich nicht mehr so stark zunimmt wie zu Jahresbeginn, wird der Anteil des Inländerangebotes, der Beschäftigung findet, kleiner. Konnten im Durchschnitt des II. Quartals noch 74% des Jahreszuwachses aufgenommen werden, waren es im Juni 68% und Ende Juli nur noch 56%. In diesem Zeitpunkt gab es 2.838.300 unselbständig *Beschäftigte*, um 9.000 mehr als im Vorjahr (+0,3%). Damit hat sich der Vorjahresabstand zwar weiter verringert (Juni +14.300), im Juli des Vorjahres gab es aber einen kräftigen Zuwachs, sodaß eine Verringerung in diesem Ausmaß erwartet werden mußte. Nach Ausschaltung der Saisonbewegung ergibt sich für die letzten beiden Monate noch ein geringfügiger Anstieg der Beschäftigung.

Die Zahl der *ausländischen* Beschäftigten verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 3.000, da jedoch die Zahl der arbeitslosen Ausländer um 1.500 stieg, verminderte nur die Hälfte des Rückgangs das Angebot. Das Angebot inländischer Arbeitskräfte lag um 21.400 über dem Vorjahresniveau. Davon konnten 12.000 Beschäftigung finden, 9.400 blieben arbeitslos. Insgesamt (In- und Ausländer) waren Ende Juli 40.600 *Arbeitslose* (davon 3.100 Ausländer) gemeldet, um 10.900 mehr als im Vorjahr (+36,8%). Das bedeutet, daß die Arbeitslosigkeit auch saisonbereinigt so wie im Juni um etwa 2.000 zunahm. Seit Mai hat sich die saisonbereinigte Rate der Arbeitslosen von 2,2% auf 2,4% erhöht. Die effektive Arbeitslosen-

¹⁾ Siehe Monatsberichte 7/1981 S. 398

rate liegt für Männer um die Hälfte und für Frauen um ein Viertel über dem Vorjahresniveau. Die Zahl der angebotenen *offenen Stellen* verringerte sich weiter und sank auf 25.700, um 12.700 weniger als vor Jahresfrist (—33%), was auch saisonbereinigt einen weiteren Rückgang um 1.000 Stellen bedeutet.

Im Juni erzeugte die *Industrie* (ohne Energiesektor) insgesamt um 3%, je Arbeitstag um 2% weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Erstmals seit Jahresbeginn blieb damit die Industrieproduktion saisonbereinigt deutlich unter dem Vormonatsergebnis. Auch die in die Zukunft gerichteten Daten (Auftragslage und Konjunkturerwartungen) lassen auf keine rasche Besserung der Konjunkturlage schließen.

Der Produktionsrückgang traf alle Industriegruppen. Am deutlichsten waren die Einbußen (im Vergleich zum Vorjahr) bei den Investitionsgütern (—4% gegenüber dem Vorjahr), und hier wieder bei den Vorprodukten (—5%) und den fertigen Investitionsgütern (—4%). Die Baustoffproduktion stagnierte. Deutliche Unterschiede gibt es in den Konsumgüterindustrien (—2%). Besonders starken Drosselungen in der Produktion langlebiger Konsumgüter (—14%) stehen Zuwächse bei Nahrungs- und Genußmitteln (+3%, zum Teil wetterbedingt) und Verbrauchsgütern (+2%) gegenüber. Ebenfalls unter dem Vorjahresniveau produzierte der Bergbau- und Grundstoffsektor (—2%).

Die offizielle Auftragsstatistik des Statistischen Zentralamtes vom Juni zeigt ein uneinheitliches Bild. Die Maschinen- und die Fahrzeugindustrie konnten ihre Auftragsbestände durch Großaufträge aus dem Ausland kräftig ausweiten. Auch die chemische und papiererzeugende Industrie profitiert vom Exportgeschäft. Dagegen sind die übrigen Bereiche (besonders die Textil-, Eisen- und Metallwaren-, Elektroindustrie) von der internationalen Konjunkturschwäche mehr oder weniger deutlich betroffen. Insgesamt hat sich die Auftragslage daher nicht nennenswert verbessert.

Im *Konjunkturtest* von Ende Juli sind keine Anzeichen auf eine Besserung der Konjunktüreinschätzung durch die Unternehmer zu erkennen. Hinsichtlich der Auftragslage, der Lagerbestände und der Kapazitätsauslastung sind die Einschätzungen der Unternehmer seit der vorangegangenen Erhebung unverändert. Bezüglich der Erwartungen der Produktionstätigkeit in den nächsten drei Monaten sind sie eher pessimistischer als noch im Frühjahr.

Der *Energieverbrauch* war im Juni etwas höher als ein Jahr zuvor (+0,6%). In den Vormonaten hatten die Verbrauchswerte dank günstigen Witterungsbedingungen und infolge der gesamtwirtschaftlichen Rezession jeweils merklich das Niveau des Vorjahres unterschritten (Jänner bis Mai —1,6%). Diesmal erhöhten vor allem die lebhaften Treibstoffkäufe den Verbrauch, aber auch für die Stromerzeugung mußte mehr Energie aufgewendet werden, weil die Wasser-

kraftwerke infolge geringerer Niederschläge weniger Strom lieferten. Schwächer als saisonüblich war der Aufbau von Brennstofflagern. Dazu trugen das derzeitige Überangebot auf dem internationalen Energiemarkt, die hohen Kosten der Lagerhaltung und die pessimistischen Konjunkturerwartungen bei. Die Gesamtenergienachfrage war geringer als 1980; trotz rückläufiger heimischer Energieförderung verringerten sich daher die Energieimporte (gemessen am Heizwert). Der Verbrauch von Kohle nahm kräftig zu (+10,2%), der Verbrauch von Erdöl (+1,9%) und elektrischem Strom (—0,3%) stagnierte, nur der Erdgasabsatz schrumpfte stark (—10,8%). Infolge der ungünstigen Auftragslage benötigte die Industrie insgesamt weniger Energie und bemühte sich, einen Teil der teuren Kohlenwasserstoffe durch feste Brennstoffe zu ersetzen. Auch die Elektrizitätswirtschaft, die infolge der Trockenheit die Wärmekraftwerke viel stärker einsetzen mußte, verfeuerte vor allem mehr an Kohle. Außergewöhnlich lebhaft war die Nachfrage nach Treibstoffen (Benzin +14,3%). Das dürfte sich überwiegend mit der Verschiebung der Feiertage und dem damit verbundenen zusätzlichen Ausflugsverkehr erklären.

Die *Landwirtschaft* konnte Anfang August die Getreideernte in den wichtigsten Anbaugebieten abschließen. Die Erträge lagen erheblich unter den Spitzenwerten des Vorjahres. Das Angebot an Schlachtvieh war der Tendenz nach seit dem Frühjahr 1980 rückläufig. Um die Jahresmitte 1981 dürfte der untere Wendepunkt erreicht worden sein. Im Juni wurde um 3% mehr Fleisch angeboten als im Vorjahr. Es kamen mehr Rinder, Schweine und Geflügel und etwa gleich viel Kälber auf den Markt. Das inländische Angebot wird durch Importe ergänzt. Der kalkulierte Inlandsabsatz war um 4,5% höher. Die Milchlieferleistung war im Juni um 3,2% höher als im Vorjahr. Der Absatz war rege. Insbesondere die Nachfrage nach Trinkmilch wurde durch das warme Wetter begünstigt. Der Agraraußenhandel hat sich im 1. Halbjahr für die heimische Ernährungswirtschaft günstig entwickelt. Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse (einschließlich Genußmittel, ohne Holz) war dank hohen Lieferungen an Getreide, Molkereierzeugnissen, Zucker und Wein mit 6,03 Mrd. S um 35,9% höher als im Vorjahr. Die Einfuhr nahm um bloß 5,9% zu, ist aber mit 12,47 Mrd. S noch immer doppelt so hoch wie die Ausfuhr. Daraus resultiert ein Einfuhrüberschuß von 6,44 Mrd. S (—12,3%).

Die Nachfrage nach *Güterverkehrsleistungen* hat sich im Juni weiter verringert. Die Transportleistung der Bahn lag mit 885 Mill. n-t-km um 1% unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Bahn beförderte vor allem weniger Erz (—14%) und Kohle (—18%), aber auch weniger Sammelgut (—13%), Holz (—7%) und Baustoffe (—4%) als 1980. Stark gestiegen ist das Transportaufkommen an Nahrungsmitteln

(+23%), geringe Zuwachsraten ergaben sich in den Bereichen Eisen und Nichteisenmetalle, Handelsdünger sowie Papier und Zellstoff. Der Güterverkehr auf der Donau wurde durch den geringen Wasserstand im Abschnitt Regensburg-Passau beeinträchtigt. Die DDSG beförderte um 16% weniger Güter als im Juni 1980. Besonders stark war der Rückgang im Binnen- und Ausfuhrverkehr (—29%).

Im *Personenverkehr* setzte sich der Trend zu den öffentlichen Verkehrsmitteln fort. Die Bahn konnte ihre Verkehrsleistung um 0,6% erhöhen, die Wiener Verkehrsbetriebe meldeten einen Zuwachs der Benutzerfrequenzen von 5,8%. Die Zahl der Fluggäste war um 7,1% höher als im Vorjahr. Der Individualverkehr auf der Straße nahm — gemessen am Benzinverbrauch — um 14% zu (Mai —15%; diese Entwicklung resultiert aus der Verschiebung des Pfingsttermins). Weiterhin schwach entwickelte sich die Pkw-Nachfrage (Neuzulassungen —16%). Ein kräftiger Einbruch ergab sich in den Lkw-Neuzulassungen (—18%). Angesichts der schwierigen Lage auf dem Transportmarkt schränkte das Fuhrgewerbe die Fahrzeuginvestitionen um 43% ein.

Im *Reiseverkehr* bringt die allgemeine Rezession deutliche Auswirkungen, die durch Ferienverschiebungen in die späteren Sommermonate noch verstärkt werden. Im Juni gingen die gesamten Übernachtungen um 2,6% zurück, die Ausländernachtungen waren um 2,7% niedriger als im Vorjahr; auch die Inländernachtungen — die im Mai noch mäßig zugenommen hatten (+2,6%) — lagen unter dem Vorjahreswert (—2,3%). Die ungünstige Entwicklung in der Vorsaison hat sich im Juli fortgesetzt: Nach einer Hochrechnung des Statistischen Zentralamtes nahmen die gesamten Übernachtungen um 5% ab, jene der Ausländer um 5,5% und die der Inländer um 4%.

Die Deviseneingänge entwickelten sich allerdings bis zuletzt weitaus günstiger als die Übernachtungen. Nach einer Zunahme der nominellen Deviseneingänge pro Ausländernächtigung im Mai um 6,9% stiegen die Tagesausgaben ausländischer Gäste im Juni um 17,8%. Daraus ergab sich eine Erhöhung der Deviseneingänge um 14,6%.

Das starke Wachstum der Tagesausgaben bedeutet, daß in erster Linie die Nächtigungen der ausgaben-schwächeren Urlauberschichten zurückgingen. Das läßt sich auch aus der Nächtigungsstatistik ablesen: In beiden Vorsaisonmonaten haben teure Unterkunftsorte viel besser abgeschnitten als billige. In den Hotels der Kategorie A1/A und B haben die Ausländernachtungen im Juni sogar zugenommen (+3,1% bzw. +0,6%); dem stand ein Rückgang von 7,3% in den C/D-Hotels und von 5,1% in den Privatquartieren gegenüber.

Die Ausgänge der Reiseverkehrsbilanz laut Oesterreichischer Nationalbank waren im Juni um 12,2% höher als im Vorjahr. Weiterhin dürfte diese Größe auf

Grund von Gastarbeitertransfers rascher wachsen als die tatsächlichen Urlaubsausgaben von Österreichern im Ausland.

Der *Handel* hatte im Mai einen schwachen Geschäftsgang. Nach der durch das Ostergeschäft bewirkten günstigen Entwicklung im April wurde im Mai das reale Umsatzniveau des Vorjahres unterschritten. Vorläufige Meldungen über den Einzelhandel in den Monaten Juni und Juli künden eine Belebung der Umsätze an.

Der *Einzelhandel* verkaufte bei gleicher Zahl von Verkaufstagen nominell um 2,3% mehr als im Vorjahr, real um 2,5% weniger (nach +6,2% und +0,6% im Durchschnitt der Monate Jänner bis April). Saisonbereinigt bedeutet dies einen realen Umsatzrückgang von 4,4% gegen das Durchschnittsniveau der Monate März und April. Wie in den Vormonaten war davon besonders die Nachfrage nach langlebigen Gütern betroffen (—5,1% gegenüber dem Vorjahr). Fahrzeuge wurden real um 9,5% und sonstige dauerhafte Konsumgüter um 7,7% weniger verkauft. Sehr stark sanken in dieser Gruppe die Umsätze von Uhren und Schmuckwaren (—14,4%). Dagegen nahmen die Verkäufe von Einrichtungsgegenständen und Hausrat (+1,2%) zu. Auch die reale Nachfrage nach nichtdauerhaften Konsumgütern (—1,7%) war im Mai niedriger als im Vorjahr. Die Umsätze von Bekleidung und Schuhen nahmen zwar noch leicht zu (+1,4%), die von Nahrungs- und Genußmitteln (—1,2%) sowie von sonstigen kurzlebigen Gütern (—3,3%) gingen aber stärker zurück.

Der *Großhandel* setzte im Mai nominell um 5,4% mehr, real um 0,5% weniger um als vor einem Jahr (nach +10,1% und +0,9% in den ersten vier Monaten des Jahres). Auch saisonbereinigt hat sich die Nachfrage etwas verschlechtert. Die realen Umsätze von Rohstoffen und Halberzeugnissen (—5,2%) unterschritten wie in den Vormonaten das Vorjahresniveau kräftig, jene von Fertigwaren (—1,3%) etwas weniger. Demgegenüber wurden relativ mehr Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (+2,1%) verkauft.

Die *Lager* im Großhandel wurden aufgestockt, im Einzelhandel abgebaut. Die *Wareneingänge* im Großhandel nahmen im Gegensatz zu vorher stärker zu (+6,4%) als die Umsätze (+5,4%), im Einzelhandel wuchsen sie mit +0,3% schwächer als die Umsätze (+2,3%).

Im *Außenhandel* hat seit April die Dynamik der Exporte nachgelassen: Real — nach Ausschaltung der Preissteigerungen — stiegen die Exporte (+3,7%) im Juni schwächer als im bisherigen Jahresverlauf (+4,8%); bereinigt um Saisoneinflüsse und die unterschiedliche Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitstage war der Wert niedriger als im Durchschnitt der Vormonate. Die Entwicklung der nominellen Ausfuhr (+9,9%) war infolge der kräftigen Ausweitung der Exporte in den "Dollarraum" etwas günstiger. Infolge der Dollarhaube stiegen die Export-

preise in Schilling (+6,0%) kräftiger als bisher und dadurch auch die Schillingerlöse der in Dollar fakturierten Exporte stärker als in der Ausfuhr beschleunigte sich der Preisaufrtrieb in der Einfuhr. Die Steigerungsrate der Importpreise war mit +14,9% beinahe so hoch wie 1974. Da das in Dollar verrechnete Volumen in der Einfuhr weitaus größer ist als in der Ausfuhr, schlägt die Dollaraufwertung in der durchschnittlichen Steigerungsrate der Importpreise viel stärker durch als in den Exportpreisen. Rein rechnerisch erhöhte der "Dollareffekt" die Importpreissteigerungsrate um 7,7 Prozentpunkte, die Steigerungsrate der Exportpreise dagegen "nur" um 3,7 Prozentpunkte. Die realen Importe schwächten sich gegenüber dem bisherigen Jahresverlauf (-5,6%) weiter ab und sanken im Berichtsmonat um 8,4%.

Die *Ausfuhr* in die OPEC-Staaten (+61,5%), die Entwicklungsländer (+40,3%) und in die USA (+17,6%) konnte kräftig ausgeweitet werden. Deutlich schwächer nahmen dagegen die Exporte in die Oststaaten (+11,4%), die EG-Staaten (+2,1%; BRD -1,2%) und die EFTA-Länder (+5,6%) zu. Von den im Export wichtigen Warengruppen belebte sich im Juni die wertmäßige Ausfuhr von Halbfertigwaren (+9,0%; organische Chemikalien +79,0%, Textilien +28,5%, Eisen und Stahl +11,1%) und Konsumgütern (+12,3%). Schwächer hingegen entwickelten sich die Investitionsgüterexporte (+7,1%; Industriemaschinen +7,4%). Die Rohstoffexporte (+0,4%; Holz -8,7%) stagnierten auf dem Wert des Vorjahres. Die Nahrungsmittelausfuhr (+35,2%; Osteuropa +150%, Getreide +89,4%) stieg im Juni nicht mehr so kräftig wie im bisherigen Jahresverlauf (+40,3%).

In der *Einfuhr* waren die Bezüge von Konsumgütern (-3,6%; Pkw -17,2%, andere -1,1%) zwar niedriger als im Vorjahr, zeigten jedoch gegenüber dem Durchschnitt der Vormonate eine saisonbereinigte Belebung. Die Einfuhr von Rohstoffen (+2,4%; Spinnstoffe +17,1%) und Nahrungsmitteln (+4,5%) überstieg nur knapp das Vorjahresniveau. Die Investitionsgüterimporte dagegen nahmen stärker zu und waren um 7,7% (Industriemaschinen +8%) höher als im Vorjahr. Die Aufwendungen für Energie stiegen um 32%, wobei die Durchschnittspreise für importierte Energie um 45,6% zunahmen, real wurde demnach um 9,3% weniger Energie als im Vorjahr importiert.

Die im Vorjahresvergleich günstige Entwicklung der Handelsbilanz einschließlich Gold- und Transitverkehr hielt auch im Juni an. Das Handelsbilanzdefizit lag mit 5,9 Mrd. S um 1,4 Mrd. S unter dem Vorjahresniveau. Verstärkt wurde diese Entwicklung noch durch eine leichte Erhöhung des Devisenüberschusses im Reiseverkehr. Hingegen war das Defizit der übrigen Dienstleistungen höher als im Vorjahresmonat, sodaß der Überschuß der gesamten Dienstleistungsbilanz mit 2,5 Mrd. S knapp unter dem Vorjahresergebnis blieb. Das Defizit der Leistungsbilanz

(3,2 Mrd. S) war aber um 1,2 Mrd. S niedriger als im Vorjahr. Damit hat sich das Defizit im gesamten 1. Halbjahr 1981 um 5,6 Mrd. S auf 20,8 Mrd. S verringert. Im gleichen Zeitraum reichte die Statistische Differenz mit 12,2 Mrd. S nahe an den hohen Vorjahreswert von 12,9 Mrd. S heran.

Die Entwicklung des langfristigen Kapitalverkehrs spiegelte auch heuer die Unterschiede in der Zinsentwicklung zwischen Österreich und dem Ausland (insbesondere der Bundesrepublik Deutschland). Den Devisenabflüssen zu Jahresbeginn 1980, als in Österreich die langfristigen Zinssätze unter jenen in Deutschland lagen, folgten nach der Umkehr der Zinsrelation im 2. Halbjahr Nettozuflüsse. Die neuerliche Drehung der Zinsrelation seit Februar 1981 zugunsten höherer deutscher Sätze brachte diese Zuflüsse praktisch zum Stillstand (Jänner bis Juni 1981 0,8 Mrd. S). Ähnlich entwickelte sich der kurzfristige Kapitalverkehr der Kreditunternehmungen (-1,3 Mrd. S), wogegen die Nichtbanken, denen inländische Refinanzierungsmöglichkeiten außerhalb des Kreditapparates praktisch nicht zur Verfügung stehen, ihre Liquiditätsposition durch Nettoimporte kurzfristigen Kapitals stärkten. Davon profitierten vor allem öffentliche Stellen. Durch den Wertverlust des Schillings gegenüber dem Dollar erzielte die Nationalbank Kursgewinne, die dazu beitrugen, den Buchwert der Währungsreserven im 1. Halbjahr 1981 um 5,8 Mrd. S zu erhöhen. Die offiziellen Währungsreserven haben sich in dieser Periode — nach Bereinigung von den Devisenswaps zum Jahresultimo 1980 — um 7,6 Mrd. S erhöht. Die Devisenswaps der Nationalbank, die im Mai und Juni die Schillingliquidität der Kreditunternehmungen zur leichteren Erfüllung der Mindestreserveverpflichtungen verbesserten, wurden auch im Juli und August fortgesetzt.

Die internationale Zinsentwicklung bestimmt weiterhin die zurückhaltende *Geldpolitik* in Österreich, die zur Untermauerung der Hartwährungspolitik erforderlich scheint. Der Dollarkurs hat im Juli-Durchschnitt 17,2 S erreicht und ist seither weiter gestiegen. Der anhaltende internationale Zinsaufrtrieb ließ auch in Österreich das Zinsniveau weiter steigen. Der Taggeldsatz kletterte im Juli-Durchschnitt auf 12 $\frac{3}{4}$ % und die Sekundärmarkttrendite auf 10 $\frac{2}{3}$ %. Wegen dieser inversen Zinsrelation zwischen kurz- und langfristigen Anlagen ist bisher die Emissionstätigkeit auf dem Rentenmarkt nicht wieder aufgenommen worden. Die Mittelaufbringung über den Kreditapparat blieb weiterhin schwach und kam nicht an die Ausweitung des aushaftenden Kreditstands heran. Die Schilling-Geldkapitallücke, die saisonbereinigt bereits im Mai einen Rekordwert erreicht hatte, stieg im Juni weiter auf 73,1 Mrd. S. Ausgeglichen wurde diese Entwicklung vor allem durch eine höhere Netto-Schuldnerposition des Kreditapparates gegenüber der Notenbank. Bei den Direktkrediten, die sich im Vorjahresvergleich um

Kennzahlen zur Wirtschaftslage (II)

	1979		1980		1981		Juni	Juli	1980				1981			
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.			I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Energie³⁾																
Förderung	+ 1,1	- 6,1	- 7,7	- 6,8	- 14,8	- 1,7	- 10,2	- 3,6	+ 17,1	+ 9,7	+ 8,4	+ 4,2	+ 8,1	+ 11,9	+ 10,6	+ 9,9
Kohle	- 10,9	+ 4,6	+ 16,1	+ 0,4	+ 22,1	+ 3,6	- 4,8	+ 6,9	+ 15,9	+ 14,3	+ 13,8	+ 47,2	+ 50,3	+ 29,7	+ 33,0	+ 35,2
Erdöl	- 3,5	- 14,6	- 14,5	- 16,2	- 26,7	- 9,0	- 12,1	- 2,1	+ 21,9	+ 15,3	+ 9,5	+ 3,9	+ 0,8	+ 2,2	+ 0,6	+ 0,6
Erdgas	- 4,2	- 17,7	- 31,0	- 9,9	- 34,5	- 16,0	- 35,9	- 21,8	+ 23,8	+ 5,4	+ 2,2	- 4,2	+ 4,7	+ 11,1	+ 5,1	+ 9,0
Stromerzeugung	+ 6,8	+ 3,3	+ 0,2	+ 5,0	- 0,7	+ 1,7	- 1,3	+ 0,6	+ 13,5	+ 10,1	+ 4,2	+ 5,0	+ 8,3	+ 12,9	+ 13,3	+ 10,5
Wasserkraft	+ 12,7	+ 3,7	+ 0,8	- 1,2	+ 0,5	+ 4,7	- 2,5	- 2,0	+ 13,1	+ 2,4	+ 4,3	- 2,6	+ 7,7	+ 10,7	+ 12,3	+ 7,1
Wärmeleistung	- 4,4	+ 2,2	- 2,4	+ 15,2	- 2,2	- 10,9	+ 4,3	+ 19,0	+ 13,7	+ 14,5	+ 13,6	+ 10,0	+ 9,1	+ 14,7	+ 15,6	+ 12,3
Verbrauch	+ 6,5	- 1,4	- 5,1	- 1,6	- 0,5	- 1,9	- 4,0	+ 0,8	+ 26,0	+ 17,6	+ 13,1	+ 3,7	+ 10,0	- 4,0	- 3,3	- 8,7
Kohle	+ 13,7	+ 2,7	- 5,4	+ 2,6	+ 3,7	+ 8,2	+ 8,3	+ 11,7	+ 20,8	+ 12,8	+ 12,4	+ 5,9	+ 12,6	+ 16,4	+ 15,8	+ 13,5
Erdöl und Mineralöl- produkte	+ 4,7	- 3,2	- 3,9	- 4,0	- 1,9	- 3,1	- 6,7	+ 1,9	+ 25,8	- 4,6	- 5,9	- 16,4	+ 1,4	+ 4,9	- 3,3	+ 11,1
Treibstoffe	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 2,4	- 4,0	- 3,5	- 11,1	+ 6,8	+ 25,7	+ 10,8	+ 8,3	- 6,8	- 8,3	+ 4,4	+ 7,5	+ 10,9
Normalbenzin	+ 11,3	+ 17,2	+ 14,5	+ 2,1	- 1,0	- 7,4	- 20,4	+ 10,2	+ 16,5	+ 12,3	+ 7,3	+ 2,8	+ 6,1	- 0,9	- 1,6	- 1,4
Superbenzin	- 0,7	- 5,4	+ 1,0	- 4,1	- 5,7	+ 0,8	- 11,6	+ 16,4	+ 12,4	+ 8,4	+ 9,1	+ 5,1	+ 7,6	+ 12,2	+ 13,0	+ 10,4
Dieselmotorenstoff	+ 4,3	+ 0,8	- 6,1	+ 9,6	- 3,5	- 5,7	- 5,2	- 3,5	+ 12,2	- 1,7	+ 3,8	+ 17,9	+ 20,4	+ 31,2	+ 37,4	+ 40,2
Heizöl	+ 3,7	+ 9,5	- 14,1	- 11,5	- 2,3	- 2,3	- 4,6	- 1,0	- 12,2	- 1,7	+ 3,8	+ 17,9	+ 20,4	+ 31,2	+ 37,4	+ 40,2
Gasöl	+ 5,4	- 17,5	- 28,2	- 25,0	- 9,8	+ 9,3	+ 15,2	- 15,2	+ 19,5	+ 11,0	+ 7,4	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,7	+ 0,3	+ 2,1
Sonstige Heizöl	+ 3,4	- 5,4	- 6,9	- 5,9	+ 0,2	- 6,2	- 10,7	+ 4,8	+ 21,9	+ 11,6	+ 9,1	+ 6,3	+ 1,9	+ 2,9	+ 1,2	- 1,2
Erdgas	+ 3,1	- 3,4	- 14,6	+ 2,0	- 2,0	- 12,5	- 11,8	- 10,8	+ 30,0	+ 22,8	+ 16,2	+ 6,1	+ 5,8	+ 1,7	- 1,8	+ 0,7
Elektrischer Strom	+ 4,1	+ 3,2	+ 1,8	+ 4,7	+ 0,4	- 1,8	- 0,4	- 0,3	+ 5,8	- 9,6	- 16,8	- 14,4	+ 6,0	+ 15,5	+ 5,2	+ 24,3
Groß- und Einzelhandel⁴⁾																
Großhandelsumsätze, real	+ 5,5	+ 4,6	+ 4,1	+ 3,1	+ 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	+ 12,0	+ 11,4	+ 10,6	+ 5,6	+ 2,3	+ 12,1	+ 10,6	+ 5,6
Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel	- 1,0	+ 3,9	+ 5,7	+ 7,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 10,8	+ 12,2	+ 10,8	+ 7,6	- 1,1	+ 13,5	+ 11,4	+ 7,3
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+ 15,1	+ 4,6	+ 1,0	- 1,4	- 3,0	- 5,2	- 5,2	- 5,2	+ 0,1	+ 1,8	- 3,6	+ 4,8	+ 11,6	+ 24,6	+ 28,5	+ 29,3
Fertigwaren	+ 8,2	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,2	- 1,0	- 1,3	- 1,3	- 1,3	+ 10,2	+ 2,5	+ 5,3	- 0,8	+ 16,7	+ 11,9	+ 9,0	+ 11,4
Großhandelsumsätze, nominal	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,2	+ 12,0	+ 9,7	+ 5,4	+ 5,4	+ 5,4	- 3,0	+ 53,1	+ 60,8	+ 67,7	+ 43,8	+ 61,4	+ 72,1	+ 61,5
Wareneingänge des Großhandels, nominal	+ 13,5	+ 15,0	+ 13,8	+ 10,5	+ 8,7	+ 6,4	+ 6,4	+ 6,4	+ 33,0	+ 3,4	+ 7,7	- 0,0	+ 27,9	+ 43,7	+ 50,2	+ 46,3
Einzelhandelsumsätze, real	+ 5,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,1	- 1,6	- 2,5	- 2,5	- 2,5	+ 33,0	+ 3,4	+ 7,7	- 0,0	+ 27,9	+ 43,7	+ 50,2	+ 46,3
Kurzlebige Güter	+ 4,9	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,5	- 0,2	- 1,7	- 1,7	- 1,7	+ 13,2	+ 13,3	+ 13,9	+ 3,9	- 0,4	+ 0,3	+ 0,9	- 0,0
Nahrungs- und Genußmittel	+ 9,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 3,8	+ 0,3	- 1,2	- 1,2	- 1,2	+ 13,2	+ 13,3	+ 13,9	+ 3,9	- 0,4	+ 0,3	+ 0,9	- 0,0
Bekleidung und Schuhe	+ 7,1	+ 5,1	+ 6,4	+ 4,9	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 8,1	+ 13,7	+ 13,6	+ 8,7	+ 6,0	+ 7,2	+ 11,4	+ 7,7
Sonstige kurzlebige Güter	+ 3,5	+ 0,9	- 0,8	+ 0,3	- 1,6	- 3,3	- 3,3	- 3,3	+ 8,1	+ 13,7	+ 13,6	+ 8,7	+ 6,0	+ 7,2	+ 11,4	+ 7,7
Langlebige Güter	+ 7,0	+ 0,7	+ 2,4	- 2,9	- 5,6	- 5,1	- 5,1	- 5,1	+ 15,7	+ 13,1	+ 12,0	+ 1,8	- 3,1	- 2,8	- 3,8	- 3,6
Fahrzeuge	+ 18,2	+ 7,5	+ 12,0	+ 1,0	- 5,2	- 9,5	- 9,5	- 9,5	+ 40,8	+ 8,6	+ 7,0	- 8,6	- 7,6	- 12,5	- 10,2	- 17,2
Einrichtungsgegen- stände und Hausrat	- 2,8	- 1,5	- 0,0	- 2,7	- 5,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 34,2	+ 48,8	+ 30,2	+ 38,6	+ 32,6	+ 30,5	+ 33,5	+ 32,0
Sonstige langlebige Güter	+ 3,6	- 11,5	- 15,3	- 12,1	- 6,7	- 7,7	- 7,7	- 7,7	+ 48,1	+ 48,9	+ 24,9	+ 27,0	+ 44,0	+ 23,8	+ 17,7	+ 22,3
Einzelhandelsumsätze, nominal	+ 8,8	+ 7,2	+ 7,5	+ 6,7	+ 4,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 9,4	- 5,8	- 11,4	- 9,6	+ 2,2	- 12,8	- 13,1	- 19,9
Wareneingänge des Einzelhandels, nominal	+ 10,4	+ 7,5	+ 8,1	+ 4,0	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	- 4,6	+ 27,3	+ 4,9	+ 45,3	+ 15,9	- 27,2	- 18,6	- 21,3
Sonstige langlebige Güter	+ 3,6	- 11,5	- 15,3	- 12,1	- 6,7	- 7,7	- 7,7	- 7,7	+ 15,2	+ 12,5	+ 11,4	+ 1,9	- 4,7	- 1,6	- 3,0	- 1,6
Einzelhandelsumsätze, nominal	+ 8,8	+ 7,2	+ 7,5	+ 6,7	+ 4,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 13,7	+ 12,8	+ 12,0	+ 3,9	- 6,0	+ 0,4	- 1,2	- 0,4
Wareneingänge des Einzelhandels, nominal	+ 10,4	+ 7,5	+ 8,1	+ 4,0	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 7,7	+ 10,2	+ 7,2	+ 3,2	- 4,1	+ 1,4	+ 6,1	- 3,3
*) 1979 nicht mit 1980, 1980 nicht mit 1981 vergleichbar. — *) Großhandelsumsätze netto, Einzelhandelsumsätze brutto.																

3) Brasilien, Griechenland, Hongkong, Jugoslawien, Südkorea, Mexiko, Portugal, Singapur, Spanien, Taiwan. 4) Neuer Index: 1979 = 100.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage (III)

	1979	1980	1980	1980	1981	1981	1981	1980	1980	1981	1981	1981
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											

Zahlungsbilanz und Wechselkurse

Handelsbilanz	-60.418	-87.508	-21.090	-21.241	-20.097	-19.394	-7.165	-5.880				
Reiseverkehr	+33.514	+40.840	+15.562	+6.632	+12.399	+7.887	+1.388	+3.787				
Kapitalertragsbilanz	-6.450	-6.780	-1.471	-1.840	-1.528	-1.823	-408	-1.177				
Sonstige Dienstleistungen	+5.367	+5.609	+1.197	+1.207	+1.494	+1.06	+26	-99				
Transferleistungen	+2.106	+1.014	+364	+295	+290	+149	+116	+165				
Leistungsbilanz	-25.882	-48.624	-5.448	-14.947	-7.442	-13.374	-6.278	-3.204				
Statistische Differenz	+8.175	+25.884	+3.254	+9.766	+7.487	+4.713	+3.900	+1.829				
Langfristiger Kapitalverkehr	-6.375	+6.943	+5.379	+2.370	+1.894	+1.068	+1.076	+401				
Kreditlinienveränderungen	-9.915	-4.981	-440	-1.329	-775	-2.000	+1.193	-1.789				
Kurzfristiger nichtmonetärer Kapitalverkehr	-186	-2.893	-1.572	+1.137	+3.134	-289	-19	-221				
Kurzfristiger Kapitalverkehr der Kreditinstitute	+7.255	+38.589	+12.807	+13.124	-12.789	+11.445	+3.071	+710				
Reserveschöpfung	+7.933	+4.391	+759	+2.298	+2.293	+3.546	+1.440	+685				

	1979	1980	1980	1980	1981	1981	1981
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in Mill. S						
Veränderung der Währungsreserven der Oesterreichischen Nationalbank	-9.078	+26.090	+15.178	+13.738	-5.423	+4.994	+3.090
Wechselkurse S/\$	13,37	12,94	12,58	13,54	14,78	16,09	16,20
Wechselkurse S/DM	7,29	7,12	7,09	7,09	7,08	7,07	7,07
Effektiver Wechselkursindex, 1970 = 100	129,0	132,7	133,7	131,2	129,8	130,0	129,9
Effektiver Wechselkursindex, 1970 = 100, real	113,1	112,4	113,3	109,9	108,6	107,7	107,3

Geld und Kredit

	1979	1980	1980	1980	1981	1981	1981
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in Mill. S						
Kassenliquidität	-1.645	+3.191	+1.227	+3.191	+2.541	-214	+4.053
Inländische Direktkredite	+96.783	+88.171	+103.673	+88.171	+90.117	+90.171	+89.897
Tirrierte Kredite	+13.275	+14.822	+443	+14.822	+17.880	+12.871	+11.203
Auslandsnettoposition	+1.264	-33.066	-35.314	-33.066	-24.681	-20.443	-26.210
Notenbankverschuldung	+15.101	-12.967	-1.976	-12.967	-10.659	-10.595	-12.777
Schilling-Geldkapitalbildung	+86.023	+83.204	+62.331	+83.204	+55.363	+86.845	+87.677
Sparenlagen	+38.564	+72.071	+57.281	+72.071	+79.476	+79.913	+79.189
"Schilling-Geldkapital" (WIFO-Definition)	-23.785	-9.500	-32.753	-9.500	-6.166	-8.315	-6.016
Geldmenge M1	-11.643	+14.564	+2.130	+14.564	+13.428	+2.082	+12.930
Geldmenge M3	+38.178	+55.641	+29.900	+55.641	+67.454	+59.699	+61.863

	1979	1980	1980	1980	1981	1981	1981
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %						
Erweiterte Geldbasis	+1,8	+7,1	+5,3	+7,1	+4,3	+2,3	+7,5
M1 (Geldmenge)	-7,6	+10,4	+1,4	+10,4	+9,8	+1,4	+9,2
M2 (M1 + Termineinlagen)	+7,3	+1,5	-3,7	+1,5	+3,0	-0,4	-0,4
M3 (M2 + nicht geförderte Sparenlagen)	+6,3	+9,1	+4,9	+9,1	+11,0	+9,6	+10,0
Zinssätze in %							
Taggeldsatz	7,5	11,4	11,0	11,4	11,2	12,1	11,0
Diskontsatz	3,8	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7
Sekundärmarkttrendite	8,2	9,6	9,4	9,6	10,2	10,7	10,4

Abgabenerfolg des Bundes

Steuereinnahmen, brutto	+8,5	+8,1	+7,8	+7,8	+9,9	+12,0	+9,4
Steuern vom Einkommen	+5,5	+10,4	+8,3	+12,2	+11,8	+12,2	+8,9
Lohnsteuer	+5,9	+12,1	+11,5	+12,1	+15,6	+14,9	+16,8
Einkommensteuer	+7,4	+9,1	+14,7	+12,4	+13,7	+14,1	+21,7
Gewerbesteuer	+3,4	+3,4	+0,9	+6,1	+2,3	+12,6	+0,9
Körperschaftsteuer	-91,9	+10,6	-16,3	+25,6	-2,6	-3,6	-39,9
Steuern vom Aufwand und Verbrauch	+11,0	+6,2	+7,1	+4,2	+8,0	+12,1	+9,0
Mehrwertsteuer	+11,1	+7,5	+9,0	+2,9	+8,8	+13,0	+8,6
Steuern vom Vermögen und Vermögensverkehr	+9,0	+4,0	+9,1	+8,5	+18,3	+18,4	+25,0
Einfuhrabgaben	+9,8	+13,7	+12,2	+6,5	+5,5	-2,2	+11,2
Steuereinnahmen, netto	+10,0	+7,3	+8,3	+8,9	+14,4	+13,0	+9,9

Preise und Löhne

	1979	1980	1980	1980	1981	1981	1981
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Tariftlöhne							
Alle Beschäftigten	+5,1	+5,4	+4,9	+5,7	+6,6	+7,3	+7,3
Beschäftigte Industrie	+5,4	+6,0	+4,9	+7,1	+7,1	+7,6	+7,7
Effektivverdienste							
Beschäftigte Industrie	+6,3	+7,2	+6,4	+7,4	+6,2	+6,2	+13,0
Arbeiter Industrie, je Stunde (ohne Sonderzahlungen)	+6,0	+6,3	+5,5	+6,7	+7,1	+7,1	+7,3
Baugewerbe	+4,0	+5,2	+4,1	+5,1	+3,9	+10,9	+10,9
Großhandelspreisindex 1976 ohne Saisondrucke	+4,2	+8,6	+8,6	+8,8	+9,3	+6,8	+6,7
Landwirtschaftliche Produkte und Düngemittel	+3,7	+8,7	+11,4	+12,4	+16,4	+4,0	+5,6
Eisen, Stahl und Halbzeug	+3,7	+2,1	+2,2	-1,6	-1,6	-1,6	-1,7
Mineralerzeugnisse	+9,3	+25,1	+21,7	+24,8	+27,0	+23,4	+20,9
Nahrungs- und Genußmittel	+1,0	+2,5	+2,7	+2,2	+1,1	+2,7	+2,7
Fahrzeuge	+5,2	+4,5	+4,4	+5,2	+4,0	+2,5	+2,3
Verbraucherpreisindex 1976 ohne Saisondrucke	+3,7	+6,4	+6,9	+6,6	+7,0	+6,8	+6,8
Nahrungsmittel	+3,8	+6,3	+6,9	+6,6	+6,7	+6,9	+6,8
Industrie und gewerbliche Waren	+2,5	+4,5	+5,9	+5,3	+6,1	+5,7	+6,0
Dienstleistungen	+3,1	+5,5	+6,1	+5,6	+4,4	+4,3	+4,4
Mieten	+4,7	+6,3	+6,8	+6,4	+7,6	+7,8	+7,8
Verbraucherpreisindex 1976 ohne Energie	+3,6	+3,3	+3,6	+3,9	+4,7	+6,2	+6,2
Energie	+3,5	+5,3	+6,1	+5,6	+5,7	+5,8	+5,9
Weitrohstoffe (1975 = 100, Dollarbasis)							
HWWA-Index gesamt	+31,5	+47,9	+41,5	+31,4	+16,0	+7,0	+5,1
Ohne Energierohstoffe	+22,0	+13,7	+11,2	+7,8	-5,7	-12,0	-14,2
Nahrungs- und Genußmittel	+11,0	+15,5	+11,9	+14,0	+2,8	-14,1	-18,6
Industrierohstoffe	+30,9	+12,5	+10,7	+3,4	-11,2	-10,5	-14,1
Energierohstoffe	+38,9	+65,1	+55,7	+41,5	+24,3	+13,5	+11,8
Rohöl	+39,7	+68,6	+58,2	+43,2	+24,9	+14,0	+12,2

12,4% erhöhten, weitete nach einer Stichprobenerhebung der Nationalbank vor allem der Bund seine Nachfrage aus. Die Budgetfinanzierung erfolgt seit der Stilllegung des Rentenmarktes verstärkt direkt über den Kreditapparat. Im Bereich der Geldmenge ist es zu einer statistischen Umstellung gekommen, weil die Nationalbank nun die "bei inländischen Nichtbanken aufgenommenen Gelder" der Kreditunternehmen zu den Termineinlagen rechnet (früher waren sie als eigene Position ausgewiesen). Davon bleibt zwar die Geldmenge M1' unberührt, M2' und M3' enthalten aber nun auch die aufgenommenen Gelder. Unter den einzelnen Einlagekategorien haben im Juni saisonbereinigt die Sichteinlagen merklich abgenommen und die Spareinlagen nur mäßig zugenommen. Nur die (neudefinierten) Termineinlagen stiegen kräftig.

Die *Steuereinnahmen* des Bundes sind im Juli schwächer gestiegen als in den vorangegangenen Monaten. Brutto waren sie um 7%, netto um 2,9% höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Dennoch entsprach in den ersten sieben Monaten dieses Jahres die für den Bundeshaushalt relevante Entwicklung der Nettoeinnahmen an Steuern genau den im Bundesvoranschlag zugrundegelegten Steuererträgen. Die schwächere Zuwachsrate im Juli ist darauf zurückzuführen, daß die Erträge der gewinn- und vermögensabhängigen Steuern sowie der Steuern von den Einfuhren unter dem Vorjahresniveau lagen.

Das Zurückbleiben der gewinnabhängigen Steuern (-7,8%) erklärt sich allerdings zu einem erheblichen Teil daraus, daß im Vergleichsmonat des Vorjahres das Aufkommen an diesen Steuern besonders hoch war. Die geringeren Einnahmen dürften daher zu einem nicht geringen Teil auf eine statistische Verzerrung zurückzuführen sein. Zur schwächeren Zuwachsrate der Steuereinnahmen hat aber auch die Mehrwertsteuer beigetragen, deren Einnahmen im Juli mit 4,6% deutlich schwächer stiegen als in den vorangegangenen Monaten.

Nur die Lohnsteuer (+18,1%) und die speziellen Verbrauchsteuern wiesen hohe Steigerungsraten auf. Von den speziellen Verbrauchsteuern brachten die Steuern auf alkoholische Getränke (+10,7%), die Tabaksteuer (+14,7%) und die Steuern auf Erdöl- und

Mineralölprodukte (+12,5%) hohe Einnahmenezuwächse. Die Zunahme des Aufkommens der Steuern von Erdöl- und Mineralölprodukten geht auf diskretionäre Maßnahmen (Einführung einer Sonderabgabe von Erdöl und Erhöhung der Bundesmineralölsteuer) zurück.

Der *Preis* auftrieb hat sich im Juli wieder etwas beschleunigt. Der Verbraucherpreisindex (ohne Saisonwaren) erhöhte sich um 0,5%, nach +0,3% in den Vormonaten. Die Verteuerung von Benzin und Heizöl Mitte Juli ist darin noch nicht enthalten, sie wird den Index im August um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt anheben. Infolge der Freigabe des Benzinpreises ist ab Mitte September (Oktober-Index) mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen. Infolge der starken Teuerung im Frühsommer des Vorjahres hat die Inflationsrate seit April 1981 abnehmende Tendenz, sie betrug im Juli 6,4% (ohne Saisonwaren 6,5%).

Der neuerliche *Preis* auftrieb im Inland wurde in den letzten Monaten zum großen Teil von den Importpreisen verursacht. Von März bis Juni sind die Importpreise (saisonbereinigt) um rund 5% gestiegen, der Dollar verteuerte sich in dieser Zeit gegenüber dem Schilling um 12%. Dieser *Import* preisdruck schlug sich bereits in den Großhandelspreisen nieder, die in den letzten beiden Monaten um 0,8% pro Monat (ohne Saisonwaren) anzogen. Der Vorjahresabstand des Großhandelspreisindex hat sich damit wieder vergrößert, er betrug im Juli 8,8% (ohne Saisonwaren).

Auf dem *Lohn* sektor herrschte in den Sommermonaten Ruhe. Es traten nur wenige neue Abschlüsse in Kraft: Die Ist-Löhne der Bekleidungsarbeiter wurden im Juli um 7%, jene der Papierarbeiter um 6,6% (Mindestlöhne +7% bzw. +6,8% jeweils nach 12 Monaten) angehoben. Der Tariflohnindex lag im 1. Halbjahr um 7%, im Juli um 7,7% über dem Vorjahr. In der Industrie konnten die Realeinkommen in der ersten Jahreshälfte auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Die Verdienste der Industriebeschäftigten (ohne Sonderzahlungen) stiegen im Durchschnitt der ersten fünf Monate um 7% (gegenüber dem Vorjahr). Diese Erhöhung entsprach genau der Inflationsrate.

Fritz Breuss

Abgeschlossen am 1. September 1981.